

75/I/2025 Jusos

Wohnraum soll mir keiner gönnen - Wohnraum ist mein Recht! Mietendeckel. Jetzt.

Beschluss: Überweisung an LTF + BTF

Der Landesparteitag der SPD Brandenburg fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, die folgenden Maßnahmen im Rahmen eines umfassenden Prüfauftrags zu prüfen und geeignete gesetzgeberische Schritte daraus abzuleiten:

1. Die Einführung eines Mietendeckels in ganz Deutschland, der an regionale Gegebenheiten angepasst werden kann. Die Anwendung des Mietendeckels soll durch die Landesparlamente bei der Feststellung von „angespannten Wohnungslagen“ ermöglicht werden.
2. Als Vorstufe zur Realisierung des oben genannten Mietendeckels soll die Mietpreisbremse verschärft werden. Künftig soll möbliertes Wohnen nicht mehr von dieser ausgenommen sein.
3. Bund und Länder müssen ihre Investitionen in sozialen Wohnraum erheblich ausweiten. Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen sowie andere nicht-profitorientierte Träger sollen gezielt gefördert werden und vor anderen kommerziellen Akteuren ein Vorkaufsrecht von Immobilien und Bauland bekommen. Der notwendige Ausbau darf nicht privaten Investoren überlassen werden, sondern muss durch sozialen Wohnungsbau erfolgen, um möglichen Rückgängen im Neubau durch eine Mietobergrenze entgegenzuwirken. (Wohnungsbaugenossenschaften sollen künftig vor anderen kommerziellen Akteuren ein Vorkaufsrecht erhalten von Immobilien und Bauland (Bestehende Mieter*innen in Mietshäusern behalten ihr Erstvorkaufsrecht - Wohnungsbaugenossenschaften bekommen entsprechend ein Vorkaufsrecht NACH den ansässigen Mieter*innen)
4. Wohnungsbaugenossenschaften, die als sogenannte “Energiegenossenschaften” klassifiziert sind, sollen weitere steuerliche Vorteile bekommen.
5. Ein Mindestbestand an Wohnungen sollte in öffentlicher Hand sowie im Besitz von Kommunen, Ländern oder dem Bund verbleiben. Darüber hinaus sollen Kommunen gesetzlich verpflichtet werden, qualifizierte Mietspiegel zu erstellen und transparente Mietinformationen bereitzustellen.
6. Die Kriterien für die Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen (WBS) sollen überprüft, vereinfacht und an die aktuellen Lebensrealitäten angepasst werden.
7. Um schneller sozialverträglichen Wohnraum für Studierende und Auszubildende zu schaffen, fordern wir die Etablierung eines Fast-Track-Programms, das aus Mittel des Infrastrukturfonds des Landes Brandenburg gespeist wird. Dabei soll auch Wohnraum außerhalb der klassischen Modelle des Studierendenwohnheims oder Azubiwohnheims geschaffen werden.

Überweisen an

Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion